

17/86

NIEDERSACHSEN

Heiner Geißler: SPD will mit irrationalen Ängsten Stimmen gewinnen

In den kommenden vier Wochen wird die CDU in der Bundesrepublik und in Niedersachsen eine umfassende Aufklärungs- und Informationsaktion durchführen. Nach den uns vorliegenden Umfrageergebnissen haben wir in Niedersachsen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Dies erfordert von der CDU in Bund und Land in der jetzt beginnenden heißen Phase des Landtagswahlkampfes die Mobilisierung aller Kräfte.

Generalsekretär Heiner Geißler erklärte am 20. Mai 1986 anlässlich einer Pressekonferenz zur niedersächsischen Landtagswahl:

SPD und Grüne wollen mit einer Strategie der Angst Stimmen gewinnen. Es wäre ein Treppenwitz in der Geschichte der deutschen Parlamentswahlen, wenn wegen des Unfalls in einem technisch absolut unzulänglichen sowjetischen Kernkraftwerk und der daraus entstehenden unverantwortlichen Gefährdung der deutschen Bevölkerung ausgerechnet die Linke in der Bundesrepublik Deutschland über eine solide und erfolgreiche Politik der CDU in Niedersachsen triumphieren würde.

Die CDU verfolgt mit dieser Aufklärungs- und Informationsaktion drei Ziele:

① den Bürgern in Niedersachsen klar zu machen, daß sie die Wahl haben zwischen Ernst Albrecht und seiner über 10jährigen bewährten erfolgreichen Politik für Niedersachsen, oder einem rot-grünen Abenteuer mit Gerhard Schröder,

HEUTE LESEN SIE:

● KERNENERGIE

Helmut Kohl fordert internationale Anstrengungen für mehr Sicherheit bei Kernkraftwerken. Seite 5

● 17. JUNI

Deutschlandpolitische Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl. Seite 9

● DGB-KONGRESS

Heiner Geißler: Brief an den DGB. Seite 13

● NEUE HEIMAT

Das will der DGB. Seite 16

● DOKUMENTATION

Sicherheitspolitischer Kongreß der CDU. Grüner Teil

● ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ein Sommer mit der
CDU

② die Angststrategie der SPD offenzulegen und damit zu durchkreuzen, eine Strategie, die das Ziel hat, von der eigenen politischen Alternativlosigkeit und Zerstrittenheit in wichtigen politischen Sachfragen und von der Tatsache abzulenken, daß die SPD, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, genauso wie in Hessen nach der Landtagswahl in Niedersachsen bereit ist, eine Koalition mit den Grünen einzugehen,

③ über die politischen Folgen eines rot-grünen Bündnisses für Niedersachsen aufzuklären.

Niedersachsen muß ein Aufsteigerland bleiben und darf kein Aussteigerland werden

Als Ernst Albrecht 1976 in Niedersachsen die Regierungsverantwortung übernahm, war Niedersachsen wirtschaftlich eines der Schlußlichter unter den Bundesländern. Heute hat Niedersachsen weit überdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsraten, einen überdurchschnittlich hohen Rückgang der Arbeitslosigkeit und kann auf eine bemerkenswert positive sozialpolitische Leistungsbilanz verweisen. Niedersachsen ist ein Aufsteigerland.

Die Erfolge und Leistungen niedersächsischer Politik sind insbesondere auch das Verdienst von Ernst Albrecht, der zu den erfolgreichsten Ministerpräsidenten im Nachkriegsdeutschland gehört. Albrecht steht für Solidität, Augenmaß und Menschlichkeit in der Politik.

Die Landtagswahl in Niedersachsen ist eine landes- und bundespolitische Kurswahl. Die niedersächsischen Wähler entscheiden am 15. Juni, ob

● Ernst Albrecht Ministerpräsident bleibt und seine erfolgreiche Politik in Niedersachsen fortsetzen kann, oder ob der Öko-Sozialist Schröder die positive Auf-

wirtschaftsentwicklung in Niedersachsen stoppt und das Land in eine Krise führt,

● die Bundesregierung ihre erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik fortführen kann, oder ob sie durch einen rot-grün gesteuerten Bundesrat blockiert werden kann.

Die Angststrategie der SPD

Die SPD führt eine Auseinandersetzung zu Lasten einer rationalen und verantwortungsbewußten Politik, um mit irrationalen Ängsten Stimmen zu gewinnen. Es gehört zu den Grundwidersprüchen unserer Zeit, daß die komplexen Probleme, die in einer Industriegesellschaft vorhanden sind, an sich differenzierte Antworten erfordern, falsche Propheten aber die Chance wittern und auch ergreifen, darauf plakative pauschale und deswegen falsche Antworten zu geben. Wir müssen aber weg von Schlagworten, weg vom Schüren der Emotionen. Gefragt ist vielmehr die Zusammenarbeit von Politik und kompetenter Wissenschaft. Die Sozialdemokraten zeigen sich dieser Herausforderung in dieser Situation nicht gewachsen.

Das Verhalten der Sozialdemokraten ist keine differenzierte und sensible Antwort auf die Ängste unserer Bürger, sondern geprägt vom blanken Opportunismus, der lediglich auf das Ziel einer Landtagswahl ausgerichtet ist. Die SPD täuscht darüber hinweg, daß unter ihrer Regierungsverantwortung die meisten Kernkraftwerke gebaut worden sind, daß ohne Kernenergie auf absehbare Zeit die Energiesversorgung der Bundesrepublik Deutschland nicht sichergestellt werden kann, daß sie keine Antwort auf die Frage hat, welche Kraftwerke anstelle der Kernkraftwerke treten sollen und daß sie verschweigt, daß die Ersetzung der Kernkraftwerke durch Kraftwerke auf Öl- oder Kohlebasis eine

vielfältige unerträgliche Umweltbelastung zur Folge hätte.

Die Angststrategie der SPD ist inzwischen der dritte Versuch in dieser Legislaturperiode, mit dem Verbreiten von Furcht und falschen Prophezeiungen Stimmung zu machen und Verwirrung zu stiften. Im Herbst 1982 hat sie Kriegsfurcht geschürt, nachdem sie in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses einen totalen Kurswechsel vollzogen hatte. Sie hat die Furcht um die Arbeitsplätze geschürt, obwohl sie 1982 als Ergebnis ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik das Erbe von 2 Millionen Arbeitslosen hinterlassen hatte und sie selbst bis heute keine überzeugende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Alternative besitzt. Heute ist das westliche Bündnis wieder gefestigt, die Abrüstungsverhandlungen wurden wieder aufgenommen, der Ost-West-Dialog geht weiter, der Zuwachs an Arbeitslosen wurde gestoppt, der wirtschaftliche Aufschwung hat die Arbeitsplätze sicherer gemacht und in nur zwei Jahren, 1985 und 1986, werden über ½ Million Menschen mehr beschäftigt sein als zuvor. Die CDU wird, wie in den letzten Jahren, dafür kämpfen, daß die SPD auch mit dieser dritten Angstkampagne scheitern wird.

Die politischen Folgen eines rot-grünen Bündnisses für Niedersachsen

a) Genauso wie in Hessen wird die SPD auch in Niedersachsen und im Bund eine Wahlausprache oder sogar eine Koalition eingehen, wenn dies dem Ziele dient, die Macht zu ergreifen. Kennzeichnend nach dem Bundesparteitag für die wahren Absichten der Grünen ist der Zusammenarbeitsbeschuß für Niedersachsen, in dem als Voraussetzung für eine Koalition mit der SPD die Vereinbarung eines „Szenarios“ für die Kernkraftwerke zugrunde

gelegt wird, um die Stillegung der Anlagen durchzusetzen.

Die Koalitionsstrategie der Grünen setzt sich demzufolge zusammen aus:

einem fundamentalistischen Theater und einem realpolitischen Kalkül. Das eine dient der Befriedigung der basisdemokratischen Kräfte. Das andere der begründeten Erwartung, daß die SPD einen politischen Inhalt der Grünen nach dem andern übernimmt.

Die politische Bedeutung der Grünen resultiert ausschließlich und allein aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten offenbar bereit sind, sich in das Schleptau dieser Strategie nehmen zu lassen und immer mehr auf die Forderungen der Grünen mit dem Ziel einzugehen, wieder an die Macht zu kommen.

Auch Raus scheinbar gegensätzliche und klare Absage an die Grünen zur Bundestagswahl ist gegen diese Entwicklung in der SPD keine Garantie, da er für Niedersachsen bereits das für möglich und richtig hält, was er für Bonn noch als falsch und gefährlich bezeichnet.

In der ZDF-Sendung „Journalisten fragen, Politiker antworten“ hat Rau am 10. April 1986 gesagt: „Bei der Bundestagswahl geht es ja nicht um eine beliebige Wahl..., sondern um nationales Interesse. Die Bundesrepublik ist zu wichtig, als daß sie sich eine Regierung leisten könnte, die nicht stabil ist.“ Dies bedeutet im Klartext: Was für den Bund und Nordrhein-Westfalen falsch und gefährlich ist, soll den Niedersachsen zugemutet werden.

b) Die Grünen haben sich in der Energiepolitik für Niedersachsen die Tür offen gehalten und treffen sich mit den Sozialdemokraten in der Forderung eines baldigen Ausstiegs aus der Kernenergie.

c) Die Grünen wollen raus aus der NATO. Sie treffen sich mit dieser Forderung mit

weiten Teilen der sozialdemokratischen Partei, die zwar bis jetzt nur von dem Ausstieg aus der militärischen Integration der NATO sprechen, wie Lafontaine und Gerhard Schröder, aber genau wissen, daß dies der Anfang vom Ende der NATO wäre.

d) Mit ihnen, auch schon früher gefassten Beschlüssen zur Wirtschaftspolitik, nämlich ihrer Forderung nach „binnenwirtschaftlicher Orientierung“, der Forderung nach Ausstieg aus der „weltwirtschaftlichen Verflechtung“, treffen sich die Grünen mit einer immer größer wer-

denden Anzahl von Sozialdemokraten, wie Friedhelm Fathmann, die eine grundsätzliche Umorientierung der deutschen Wirtschaftspolitik, d. h. eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft und deren Ersatz durch eine staatliche Planwirtschaft, für richtig halten.

Es kann gar keine Frage sein, daß angesichts der Exportorientierung unserer Wirtschaft (jeder 3. Arbeitsplatz ist vom Export abhängig) die Kombination dieser wirtschaftspolitischen Konzepte das Ende der Bundesrepublik Deutschland als weltweit führende Industrienation bedeuten würde.

Das Versprechen von Herrn Rau hat die Bundesregierung schon eingelöst

Der SPD-Kanzlerkandidat Rau hat kürzlich folgenden Vorschlag unterbreitet: Er will nach einem Wahlsieg 1987 dafür sorgen, daß eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern monatlich etwa 2500 Mark verdienen kann, ohne Lohnsteuer zahlen zu müssen. Dafür sollen der Grundfreibetrag und das Kindergeld erhöht sowie zum Ausgleich die steuerlichen Kinderfreibeträge gestrichen werden.

Dazu erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, am 16. Mai in Bonn:

Herr Rau hat bei der Erarbeitung seines Vorschlags wohl auf alte, überholte Steuertabellen zurückgegriffen. Denn nach dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 sind in Steuerklasse III/2 — Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern — bereits heute unter Gegenrechnung des Kinder geldes rund 2450 Mark monatlich bela-

stungsfrei. Der Lohnsteuer von rund 150 Mark steht ein gleich hohes Kindergeld gegenüber. Das Versprechen von Herrn Rau hat die Regierung also schon eingelöst.

Trotzdem haben wir uns unter anderem eine weitere Anhebung des Grundfreibetrags vorgenommen. Dies ist nachzulesen im „Geheimpapier“ der Bundesregierung, dem Jahreswirtschaftsbericht 1986. Sollte die SPD meinen, sie könne ohne Berücksichtigung des Kindergeldes 2500 Mark monatlich in Steuerklasse III/2 lohnsteuerfrei stellen, dann sieht es so aus: Die dann notwendige Erhöhung des Grundfreibetrags für alle Einkommen- und Lohnsteuerzahler von 4 536/9 072 Mark auf 11 394/22 788 Mark würde Mindereinnahmen für rund 44 Milliarden Mark verursachen. Dieser Steuerausfall für eine einzige Maßnahme ist bei der Lage der Staatsfinanzen aller Gebietskörperschaften außerhalb jeder Glaubwürdigkeit.

Helmut Kohl fordert internationale Anstrengungen für mehr Sicherheit bei Kernkraftwerken

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den 26 Regierungschefs von Ländern, die Kernreaktoren betreiben, und den neun Regierungschefs von Ländern, die gerade dabei sind, Kernreaktoren neu einzurichten, den Vorschlag gemacht, sich möglichst bald zu treffen, um jetzt die notwendigen Konsequenzen aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl zu ziehen. In seiner Rede vor dem Sparkassentag am 16. Mai nannte der Bundeskanzler die wesentlichen Punkte, auf die es dabei ankommt:

„Erstens die zwingende Verpflichtung für jeden, sofort und ohne Wenn und Aber im Fall eines Reaktorunfalls Informationen an die Nachbarn weiterzugeben, weil es hier kein nationales Problem der Sicherheit gibt, sondern immer ein internationales Problem.

Zweitens die Notwendigkeit, Prestige zur Seite zu lassen und Hilfe anzunehmen, wenn man selbst nicht die notwendige Ausstattung hat. Dabei müssen wir wissen, daß Hilfe für den Nachbarn in diesem Fall immer zugleich Hilfe für uns selbst ist; denn das, was anderswo passt, bedroht ja auch uns ganz unmittelbar.

Und zum dritten, daß wir uns auf einen möglichst hohen, ich gebe zu, auch kostspieligen — aber was heißt das in diesem Zusammenhang — internationalen Sicherheitsstandard verständigen.

Und viertens — sonst ist das Ganze nichts wert — daß wir die notwendigen internationalen Kontrollen zulassen. Das eine bedingt das andere.

Ich selbst bin zutiefst überzeugt, daß das Ganze nur funktionieren kann, wenn wir uns dabei auch noch füntens zum Verursacherprinzip bekennen; denn das ist die letzte Möglichkeit, wirklich durchzusetzen, daß dies alles eingehalten wird.

Gerade wenn wir an den Schutz der menschlichen Gesundheit denken, müssen wir diese Forderungen durchsetzen. Und ein weiteres kommt hinzu. In den letzten Jahren, vor allem in den letzten zwei Jahren, hat der Kollege Riesenhuber — von mir aufgefordert und unterstützt — die Forschungsinvestitionen für mögliche alternative Ernergien vorangetrieben.“

Helmut Kohl kündigt Überprüfung der Kernkraftwerke an

Auf der Landesversammlung der Jungen Union Bayerns in Garmisch-Partenkirchen kündigte Bundeskanzler Helmut Kohl eine Überprüfung aller Kernkraftwerke in der Bundesrepublik an.

Verbraucherpreise in NRW sinken weiter

Die Verbraucherpreise im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen sind im Mai noch stärker als im Vormonat zurückgegangen. Während sie im April noch um 0,2 Prozent gesunken waren, fielen sie im Mai im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 0,5 Prozent.

Kernfusion – Energiequelle der Zukunft?

In letzter Zeit mehren sich die Stimmen, die in der kontrollierten Kernfusion eine Chance sehen, die heute kommerziell genutzte Form der Kernenergienutzung — Spaltung von Uran — und Plutoniumkernen — in naher Zukunft zu ersetzen.

In Europa wird die Fusionsforschung vollständig im Rahmen eines gemeinsamen Programms der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) durchgeführt. Schweden und die Schweiz beteiligen sich.

Selbstverständlich werden die Aufwendungen schon seit langem durch Zusammenarbeit zwischen der europäischen Fusionsforschung und den entsprechenden Forschungszentren in anderen Ländern soweit wie möglich verringert. Hier ist vor allem mit den USA ein intensiver Informationsaustausch vereinbart. Auch mit den japanischen Forschungszentren besteht enger Kontakt.

Nach Einschätzung von Forschungsminister **Heinz Riesenhuber** sind trotz großer Fortschritte, zu denen gerade auch die deutschen Forschungsinstitute wesentlich beigetragen haben, die Probleme, die noch vor einer technischen Nutzung der Fusion zu lösen sind, beachtlich.

Die Kosten der Fusionsforschung entsprechen der Größe der zu lösenden Probleme. Neben ca. 100 Mio. DM aus dem EG-Haushalt wendet die Bundesrepublik Deutschland pro Jahr etwa 140 Mio. DM für die Fusionsforschung in Garching, Karlsruhe und Jülich auf.

Bei erfolgreicher Entwicklung erschließt die kontrollierte Kernfusion eine ähnlich leistungsfähige Energiequelle für die Stromerzeugung wie der schnelle Bruteraktor.

Da es bei der kontrollierten Kernfusion keine sich selbst unterhaltende Kettenreaktion wie bei der Kernspaltung gibt, ist ein „Durchgehen“ eines Fusionsreaktors ausgeschlossen. Auch die Menge der erzeugten radioaktiven Abfälle wird voraussichtlich geringer als bei Spaltungsreaktoren sein. Ebenso wird das Nachkühlungsproblem voraussichtlich geringer sein als bei Kernkraftwerken. Selbst bei völliger Zerstörung wäre bei Fusionskraftwerken mit geringerer Freisetzung radioaktiver Stoffe zu rechnen. Über die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit von Fusionsreaktoren lässt sich beim heutigen Entwicklungsstand noch keine zuverlässige Angabe machen.

Angesichts der großen Probleme, die bis zu einem eventuellen großtechnischen Einsatz der kontrollierten Kernfusion zur Stromerzeugung noch gelöst werden müssen, kann eine kommerzielle Nutzung dieser Technik frühestens in fünfzig Jahren beginnen. Darüber besteht unter den Wissenschaftlern in Europa Übereinstimmung. So attraktiv also die kontrollierte Kernfusion vor allem unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit manchem erscheinen mag, als eine in überschaubarer Zeit verfügbare Alternative zur heutigen Reaktortechnologie kann sie zur Zeit nicht betrachtet werden. Es bleibt aber eine wichtige langfristige Forschungsaufgabe, in internationaler Kooperation zu versuchen, die Chance der kontrollierten Kernfusion zu realisieren.

ZITAT

Mit der Bitte um Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätze für Frauen ist es wie bei Radio Eriwan. Die Antwort ist immer: Im Prinzip ja . . .

Bundesministerin Rita Süßmuth

Zur Sache:

Nach Tschernobyl: Lassen Sie sich nicht verrückt machen

Wir tun alles für die Sicherheit

Viele Menschen sind in Sorge. Dafür haben wir Verständnis. Auch für uns haben Gesundheit und Sicherheit des Bürgers Vorrang. Die Frage, welche Gefahren die friedliche Nutzung der Kernenergie birgt, ist deshalb berechtigt. Sie muß sachlich und nüchtern beantwortet werden.

Sozialdemokraten und Grüne mißbrauchen die Angst der Bürger für parteitaktische Zwecke. Sie betreiben Stimmungsmache und rufen Verunsicherungen hervor. Das ist ein übles Spiel mit der Angst!

Tatsache ist:

1. Die Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland gehören zu den sichersten der Welt und sind mit dem von Tschernobyl nicht vergleichbar. Bei uns gelten zehn Mal höhere Sicherheitsstandards.
2. Der Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie wäre für unsere Volkswirtschaft, für unsere soziale Sicherheit und für unsere

Umwelt mit großen Schäden verbunden.

Unsere Abhängigkeit vom Erdöl würde wieder steigen. Die Umweltbelastung würde zunehmen, wenn wir wieder auf Brennstoffe zurückgreifen müßten, die weit mehr Schadstoffe enthalten.

3. Wenn wir in der Bundesrepublik unsere 16 Kernkraftwerke abschalten würden, blieben immer noch 340 in anderen Ländern der Welt in Betrieb.

Die Regierung Helmut Kohl hat sofort gehandelt. Der Bundeskanzler fordert deshalb eine internationale Vereinbarung zur Festsetzung von Sicherheitsstandards für den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken. Würden die Kernkraftwerke im Ostblock und in der Sowjetunion unserem deutschen technischen Standard entsprechen, wäre das Unglück von Tschernobyl nicht passiert, sagen übereinstimmend die Wissenschaftler.

Wir fordern eine Konferenz aller 26 Länder, die Kernkraftwerke betreiben, damit gemeinsame Sicherheitsrichtlinien erarbeitet werden können.

Wir fordern die SPD auf, mit der Panikmache aufzuhören, die Sorgen der Bürger nicht für den Wahlkampf zu mißbrauchen und endlich klar Ja oder Nein zur Kernenergie zu sagen.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus - 5300 Bonn 1 - Nr. 198

CDU

*sicher
sozial
und frei*

Wir halten am Ziel der deutschen Einheit fest

Zum 17. Juni hat der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, an die Kreisvorsitzenden der CDU geschrieben und die Orts- und Kreisverbände unserer Partei zu Veranstaltungen zum Tag der deutschen Einheit aufgefordert. Heiner Geißler schreibt u.a.: Es gibt heute manche in unserem Lande, die den Sinn dieses nationalen Gedenktages in Frage stellen. Das Festhalten am Gedanken der Einheit der deutschen Nation ist nicht mehr selbstverständlich wie in den 50er Jahren. Führende SPD-Politiker sind heute bereit, das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen preiszugeben, der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft zuzugestehen und das Wiedervereinigungsgesetz des Grundgesetzes aufzugeben.

Wir fordern die Sozialdemokraten auf, zur Gemeinsamkeit aller Demokraten in der Deutschlandpolitik zurückzukehren. Die Verhandlungen und Verträge mit der kommunistischen SED fallen der Bundesregierung in den Rücken und schaden den deutschen Interessen. Wir erinnern die Sozialdemokraten an das Wort von Kurt Schumacher: „Nie wieder Diktatur auf deutschem Boden, nie wieder Krieg von deutschem Boden.“

Wir Christlichen Demokraten halten am Ziel der deutschen Einheit fest. Wir wissen, daß wir dieses Ziel nicht kurzfristig erreichen können. Deshalb tun wir alles, um den Gedanken der Einheit der Nation zu bewahren und zu stärken. Dazu gehört vor allem, daß die Menschen in Deutschland zueinanderkommen können. Die Zunahme des Reiseverkehrs, die Verbesserung der Reisen aus der DDR in drin-

genden Familienangelegenheiten, der verstärkte Jugendaustausch und die große Zahl von Übersiedlungen sind wichtige Erfolge der Regierung Helmut Kohl.

Die CDU tritt allen Versuchen entgegen, das geschichtliche Ereignis des 17. Juni 1953 umzuinterpretieren, wie dies heute teilweise versucht wird. Die historische Wahrheit bleibt, daß sich am 17. Juni 1953 das Deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet hat. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.



Ab Sommer mehr Bafög

Die Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten (Bafög) wird ab Sommer um durchschnittlich drei Prozent erhöht. Die Elternfreibeträge steigen um 2 Prozent.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms sprach am 15. Mai 1986 in Bonn unter Hinweis auf die in den letzten Monaten nicht mehr gestiegenen Lebenshaltungskosten von einer „sehr angemessenen“ Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge. Der Höchstförderungssatz stieg von 690 auf 710 Mark monatlich.

Außerdem soll das Studium im außereuropäischen Ausland künftig im gleichen Umfang wie in Europa gefördert werden. Die Gesetzesnovelle sieht 1986 im Bund Ausgaben in Höhe von rund 1,55 Milliarden Mark und den Ländern von 835 Millionen Mark vor.

Deutschlandpolitische Leistungsbilanz der Regierung Helmut Kohl

Seit 41 Jahren ist unser Vaterland geteilt. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands findet sich mit diesem Zustand nicht ab. Das Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes ist für uns ein verbindlicher Auftrag. Das hat Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Bericht zur Lage der Nation am 14. März 1986 vor dem Deutschen Bundestag erneut bekräftigt: „Die deutsche Frage bleibt geschichtlich, rechtlich und politisch offen. Die Bundesregierung steht ganz selbstverständlich zur Präambel unseres Grundgesetzes. Diese Präambel will das vereinte Europa und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Wer daran tasten will, der hat keinen Sinn für Geschichte und er verkennt, daß der Wille unseres Volkes zur Einheit in Freiheit Teil und bewegende Kraft der Zukunft unserer Nation ist.“

Die CDU verliert dieses Ziel nicht aus den Augen. Aber wir wissen, daß wir die Wiedervereinigung nicht kurzfristig erreichen. Solange die Teilung andauert, müssen wir alles tun, das Bewußtsein für die Einheit der Nation zu wahren und zu stärken. Die Deutschen dürfen sich nicht auseinanderleben. Deshalb tut die Regierung Helmut Kohl alles, um die menschlichen Bindungen zwischen den beiden Teilen unseres Landes auszubauen und den Menschen in der DDR das Leben erträglicher zu machen. Davon hat sich die Regierung Helmut Kohl in ihrer Deutsch-

landpolitik leiten lassen. Durch neue Initiativen und Anstöße konnten merkliche Fortschritte für die Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes erreicht werden.

Unsere 10 Erfolge in der Deutschlandpolitik

Erfolg Nr. 1: Festigkeit in den Grundsätzen und Zielen

Für uns gilt unverändert: Fest in den Grundsätzen und Zielen — beweglich in der Zusammenarbeit mit der DDR. Rechtsgrundlagen sind für uns kein „Formelkram“. Wir wissen, daß grundsätzliche Unterschiede nicht verwischt und unvereinbare Ziele nicht durch Zweideutigkeiten überdeckt werden können. Dieses Wissen bestimmt unser Handeln in den Beziehungen mit der DDR. Und der Erfolg gibt uns recht: Die Regierung Helmut Kohl hat für die Menschen in beiden Teilen Deutschlands mehr erreicht als die SPD-Regierung.

Erfolg Nr. 2: Reise- und Besuchserleichterungen

Die Höchstdauer für Besuche in der DDR wurde von 30 auf 45 Tage im Jahr verlängert. Im grenznahen Besuchsverkehr wurde die Geltungsdauer des Mehrfach-Berechtigungsscheins von drei auf sechs Monate verdoppelt. Die Aufenthaltsdauer wurde von einem auf zwei Ta-

ge erhöht. Ergebnis: Während 1982 nur 2,89 Millionen Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR reisten, waren es 1985 bereits 3,68 Millionen.

Rentner aus der DDR können jetzt statt 30 maximal 60 Tage bei uns bleiben und dürfen in Zukunft nicht nur Verwandte, sondern auch Bekannte im Westen besuchen. So stieg die Zahl der Rentner-Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland von 1,55 Millionen im Jahre 1982 auf 1,60 Millionen im Jahre 1985.

Besonders erfreulich ist die Zunahme der Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten. Die Zahl dieser Reisen stieg von 45 700 (1982) auf 66 000 (1985).

Erfolg Nr. 3: Verstärkter Jugendaustausch

Der innerdeutsche Jugendaustausch ist 1985 wieder in Bewegung gekommen.

Die von der DDR im Frühjahr 1984 verfügte Unterbrechung der Reisen von Jugendlichen aus der DDR wurde aufgehoben. Von August bis zum Jahresende 1985 sind über 1 000 Jugendliche aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Für 1986 erwarten wir mehr als 3 000 Jugendliche aus der DDR. Es bleibt dabei, daß Bund und Länder Fahrten von Jugendlichen in die DDR besonders fördern. 1985 wurden rund 68 000 Reisen in die DDR so gefördert.

Erfolg Nr. 4: Rekord bei der Übersiedlung

Noch nie durften so viele Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln. Alleine in den Jahren 1984 und 1985 waren es 62 000 Landsleute. Das hat es unter der SPD-Regierung nie gegeben.

Erfolg Nr. 5: Senkung des Mindestumtauschs

Wir haben die Senkung der Mindestumtauschsätze erreicht, die die DDR im Oktober 1980 erhöht hatte. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr entfällt die Umtauschpflicht; für Rentnerinnen über 60 und Rentner über 65 Jahre wurde der bisherige Mindestumtauschsatz von 25 auf 15 Mark gesenkt.

Erfolg Nr. 6: Ausweitung des innerdeutschen Handels

Besondere Bedeutung hat der innerdeutsche Handel. Er stieg auf ein Volumen von ca. 16,5 Milliarden Verrechnungseinheiten. Das ist seit 1982 eine Steigerung um rund 2,5 Milliarden Verrechnungseinheiten. Insbesondere hat auch die neue Swing-Vereinbarung vom 5. Juli 1985 weitere Anstöße für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland gegeben.

Erfolg Nr. 7: Abschluß eines Kulturabkommens

Viele Jahre hatte sich die SPD-Regierung um ein Kulturabkommen bemüht — ohne jeden Erfolg. Am 6. Mai 1986 war es soweit: Nach ebenso zügigen wie intensiven Verhandlungen wurde das Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten in Deutschland unterzeichnet. Vereinbart wurden unter anderem der Austausch von Wissenschaftlern, Fachleuten und Studenten, die Zusammenarbeit im Archiv- und Bibliothekswesen, die Förderung des Jugendaustausches, die Zusammenarbeit von Rundfunk und Fernsehen, gegenseitige Informationen über Tagungen, Festspiele und Gedenkveranstaltungen. Darüber hinaus soll auch der kommerzielle Kultauraustausch gefördert werden.

Erfolg Nr. 8: Zusammenarbeit beim Umweltschutz

Zum Umweltschutz wurden bereits 1983 konkrete Vereinbarungen mit der DDR getroffen. Der thüringisch-fränkische Nebenfluß des Mains, die Röden, wird saniert. Seitdem gab es weitere Fortschritte. Im Sommer 1985 kam es zu ersten Fachgesprächen über Fragen der Rauchgasentschwefelung. Anlässlich der Münchener Umweltenschutzkonferenz im Juni 1985 hat die DDR ihre tatkräftige Mithilfe bei der Lösung des Problems der Luftverunreinigung zugesagt. Im August des gleichen Jahres begannen Gespräche von Forstexperten über Vermeidung von Waldschäden. Seit dem Sommer 1985 wird über eine Regierungsvereinbarung mit der DDR zum Umweltschutz verhandelt. Die Verhandlungen über praktische Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung von Werra und Weser werden intensiv fortgesetzt. Gleichfalls werden die Fachgespräche über Fragen des Strahlenschutzes und der Sicherheit kerntechnischer Anlagen fortgeführt.

Erfolg Nr. 9: Stärkung des Status von Berlin

Die Regierung Helmut Kohl hat ihr Ziel erreicht, auch beim Kulturabkommen mit der DDR unter Hinweis auf das Vier-Mächte-Abkommen Berlin rechtsverbindlich einzubeziehen. Ferner ist mit der DDR eine verbindliche Verständigung über eine Reihe von Projekten erzielt worden, darunter auch Projekte in bezug auf Berlin. Damit haben wir den Status von Berlin gestärkt. Der Versuch der DDR, Berlin auszuklammern, wurde verhindert.

Auch der Strukturwandel der Berliner Wirtschaft hin zu zukunftsträchtigen

Technologien zeigt erste Früchte. Forschung und Entwicklung haben einen neuen Stellenwert bekommen, der Wissenstransfer zwischen Wirtschaft und Hochschule ist endlich in Gang gekommen. Die beiden Wirtschaftskonferenzen von 1982 und 1984 und die regelmäßigen Konferenzen der Berlin-Beauftragten der deutschen Industrie haben der Berliner Wirtschaft weitere Anstöße gegeben.

Erfolg Nr. 10: Aussichtsreiche Verhandlungen

Wir haben Gespräche und Verhandlungen mit der DDR über wichtige politische Themen eingeleitet und fortgeführt. Über zwanzig Themen von gemeinsamem Interesse wird mit Aussicht auf Erfolg verhandelt: zum Beispiel über ein Wissenschaftsabkommen und eine Rechtshilfvereinbarung. Fortschritte gibt es auch beim Umweltschutz. Die Abrüstungsbeauftragten beider Staaten sprechen über den Beitrag der Deutschen zur Friedenssicherung. Bundeskanzler Helmut Kohl führte Gespräche, unter anderem mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 13. Februar 1984 und am 12. März 1985 in Moskau sowie am 15. März 1986 in Stockholm. In Bonn empfing er am 18. April 1985 Günther Mittag und am 19. Februar 1986 Horst Sindermann, beide Mitglieder des SED-Politbüros.

ZITAT

„Wir Christlichen Demokraten halten am Ziel der deutschen Einheit fest. Wir wissen, daß wir dieses Ziel nicht kurzfristig erreichen können. Deshalb tun wir alles, um den Gedanken der Einheit der Nation zu bewahren und zu stärken.“ Heiner Geißler

Zur Sache:

17. Juni 1986

Deutschlands Einheit wahren

Auch 33 Jahre nach dem Volksaufstand in der DDR gilt unverändert:
Der Wille der Deutschen zur Einheit in Freiheit bleibt ungebrochen.

Wir treten allen denen entgegen, die das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in Frage stellen und die darüber hinwegtäuschen, daß den Menschen in der DDR wichtige Menschen- und Freiheitsrechte, Freizügigkeit und freie Meinungsäußerung vorenthalten werden.

Zu diesem Unrecht dürfen wir nicht schweigen. Wahrer Friede kann nur dort gedeihen, wo Menschenwürde und Freiheitsrechte geachtet werden.

Wir wollen die Einheit der Nation bewahren. Die Deutschen dürfen sich nicht auseinanderleben. Durch mehr menschliche Bindungen stärken wir das Bewußtsein unserer Zusammengehörigkeit.

„Die Deutsche Frage bleibt geschichtlich, rechtlich und politisch offen. Die Bundesregierung steht ganz selbstverständlich zur Präambel unseres Grundgesetzes: Diese Präambel will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

(Bundeskanzler Helmut Kohl am 14. März 1986 im Deutschen Bundestag)

CDU



Heiner Geißler:

Sachliches und konstruktives Verhältnis zwischen CDU und Gewerkschaften unverzichtbar

Zu Beginn des 13. Ordentlichen Bundeskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes sandte Generalsekretär Heiner Geißler an dessen Vorsitzenden Ernst Breit einen Brief mit folgendem Inhalt:

Die Diskussion in der Öffentlichkeit über die politischen Veränderungen und die zukünftige Entwicklung des DGB zeigt, daß sich Ihre Organisation an einer Wegegabel befindet, an der Sie sich entscheiden müssen, ob Sie den erfolgreichen Weg der parteiunabhängigen Einheitsgewerkschaft in Zukunft weitergehen oder ob Sie jenen Kräften im DGB folgen, die den Weg zurück in die sozialistische Richtungsgewerkschaft gehen wollen.

Für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft, für eine erfolgreiche Politik für Arbeitnehmer und Arbeitslose ist ein sachliches und konstruktives Verhältnis zwischen der CDU, der stärksten politischen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland, und den Gewerkschaften unverzichtbar.

Wir wollen starke aber parteipolitisch unabhängige und moderne Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer jenseits parteipolitischer Grenzen wahrnehmen. Nach dem 2. Weltkrieg haben sich die sozialistische und die christlich-soziale Richtung der Gewerkschaftsbewegung zu einer Einheitsgewerkschaft zusammen geschlossen, in der parteipolitische Neutralität als grundlegendes Prinzip gelten mußte. Dieses Prinzip macht die Stärke der Gewerkschaftsbewegung aus.

Jeder von uns spürt, daß wir uns in einer Zeit des Umbruchs und des Wandels befinden. Viele sprechen von der dritten industriellen Revolution. Mit dieser Entwicklung geht ein tiefgreifender Strukturwandel einher, den wir so gestalten müssen, daß Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation gesichert bleibt. Hier sind die Gewerkschaften aufgefordert mitzuwirken. Dazu sind starke, aber parteiunabhängige Gewerkschaften notwendig.

Hier stellt sich unausweichlich die Frage: Was hat die Stärke des DGB eigentlich ausgemacht?

1. Stark gemacht hat den DGB die Idee der Einheitsgewerkschaft, die Sozialisten und Christlich-Soziale über die Parteigrenzen hinweg geeint hat. Gemeinsam war allen die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer, ihre wirtschaftliche und soziale Besserstellung, die Mitwirkung am Aufbau und Ausbau des Systems der sozialen Sicherung.

Heute wird von Teilen des DGB der Grundsatz der Einheitsgewerkschaft durch die klare Parteinahme und durch offenen Wahlkampf für die Sozialdemokraten in Frage gestellt und die Tür zu einer Entwicklung zurück zur sozialistischen Richtungsgewerkschaft geöffnet. Eine solche Entwicklung würde den DGB schwächen, weil er die Mehrheit der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ausgrenzt, die Gewerkschaftsbewegung zersplittet und damit die wirksamste Form der Interessenver-

tretung der Arbeitnehmer zerstört und den sozialen Frieden gefährdet.

2. Stark gemacht hat den DGB seine Fähigkeit, den Strukturwandel aufzunehmen und mitzugestalten. Die widersprüchliche Haltung zu modernen Techniken schwächt den DGB, weil er sich so von der Zukunftsentwicklung abkoppelt.

Doch gerade hier liegen neue Aufgaben und neue Chancen für die Gewerkschaften bei der Gestaltung der Zukunft einer modernen und humanen Industriegesellschaft. Neue Techniken ermöglichen Veränderungen der Arbeitswirklichkeit und geben dem Menschen Freiräume und Gestaltungschancen. Es entsteht eine neue Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine, es werden flexiblere Arbeitszeiten möglich, es können neue Beschäftigungsformen entstehen. Auch die Zukunftsgesellschaft braucht Gewerkschaften. Allerdings: Mit dem Gegensatz von Arbeit und Kapital läßt sich da wenig anfangen, weil die konkreten Erfahrungen der Arbeitnehmer in der Arbeitswirklichkeit diesen Gegensatz nicht widerspiegeln. Deshalb müssen die Gewerkschaften diesen Prozeß des Umbruchs und des Wandels aufnehmen und zukunftsorientiert mitgestalten.

3. Stark gemacht hat den DGB seine Glaubwürdigkeit und sein Vertrauen in der Öffentlichkeit, vor allem bei den Arbeitnehmern. Heute schwächt sich der DGB selbst durch die Vorgänge um die Neue Heimat. Undurchsichtiges Geschäftsgebaren und eine den Grundsätzen der Gemeinwirtschaft widersprechende Unternehmenspolitik lassen in der Öffentlichkeit, bei den Arbeitnehmern und den Gewerkschaftsmitgliedern Zweifel an der Integrität der Gewerkschaften aufkommen.

Die Gewerkschaften können dieses Vertrauen nur durch Offenlegung der tatsächlichen Situation der Neuen Heimat und durch ein klares Bekenntnis zu ihrer

Verantwortung als Unternehmer wieder gewinnen.

4. Stark gemacht haben den DGB seine Bereitschaft und seine Fähigkeit zum Dialog mit der Bundesregierung und allen Parteien:

Ein DGB, der sich aus einseitigen parteipolitischen Gründen auf einen Konfrontationskurs gegenüber der Regierung begibt und die tatsächlichen Erfolge der Regierungspolitik auf den Feldern der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bewußt verschweigt, wird bei seinen Mitgliedern und den Arbeitnehmern unglaublich.

Und der DGB büßt an Glaubwürdigkeit ein, wenn er aus ideologischen Gründen die Fehler und Mißerfolge einer 13jährigen sozialdemokratischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik nicht sieht und heute Vorschläge für Beschäftigungsprogramme auf den Tisch legt, obwohl klar ist, daß die 17 schuldenfinanzierten Beschäftigungsprogramme der Sozialdemokraten mit einem Umfang von 55 Milliarden Mark weder den Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindern konnten, noch neue und dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen haben. Wer behauptet, die in 13 Jahren SPD-Regierung entstandene Arbeitslosigkeit ließe sich von heute auf morgen beseitigen, täuscht die Bürger und verliert seine Glaubwürdigkeit.

Die Hauptsorge der Politik der CDU bleibt die Arbeitslosigkeit, darin sind wir uns mit dem DGB einig. Über die Wege zu mehr Beschäftigung gibt es unterschiedliche Auffassungen. Der DGB sollte jedoch endlich anerkennen und die Arbeitnehmer auch darüber informieren, daß wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben, die vor allem die soziale Sicherung für ältere Arbeitslose ausgedehnt und die Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung deutlich

ausgebaut hat. Die CDU-geführte Bundesregierung gibt mehr Geld als irgendeine vor ihr für Arbeitsmarktpolitik aus. Das war der Wille der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Bundesregierung und des DGB im Herbst 1985.

Der Konfrontationskurs gegenüber der Bundesregierung und der CDU hilft keinem Arbeitslosen und schafft nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz.

Um den Arbeitslosen zu helfen, müssen die begonnenen Gespräche zwischen Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern fortgesetzt werden. Doch nur ein parteipolitisch unabhängiger Deutscher Gewerkschaftsbund, der den Dialog nicht verweigert und die tatsächlichen Erfolge der Regierung nicht verschweigt, kann als kritischer Partner der Bundesregierung die Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen wahrnehmen und wird ihr Vertrauen genießen. Der DGB als Einheitsgewerkschaft hat nur Zukunft, wenn er sich als sensibel und leistungsstark erweist, die tatsächlichen Probleme der Menschen zu lösen. Für die CDU gibt es nur einen erfolgversprechenden Kurs gegenüber den Gewerkschaften, das ist ein Kurs der Sachlichkeit. Dieser Kurs muß auch dann beibehalten werden, wenn über politische Sachfragen gestritten wird.

Die CDU fordert den Deutschen Gewerkschaftsbund auf, an diesem konstruktiv kritischen Dialog wieder teilzunehmen und die einseitige Parteinahe für die Sozialdemokraten aufzugeben.

Der Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Chance zu einer Kurskorrektur. Im Interesse aller Arbeitnehmer und der Arbeitslosen muß er sein Verhältnis zur Bundesregierung und zur Christlich Demokratischen Union wieder auf die Grundlage der Idee der Einheitsgewerkschaft stellen.

Umfrage Niedersachsen

Bei einer Meinungsumfrage zur Niedersachsenwahl durch das Forschungsinstitut „Basic Research“, die am 16. Mai mit 1 280 Befragten abgeschlossen wurde, ergeben sich: CDU 47,5 Prozent, SPD 40,7 Prozent, FDP 3,3 Prozent, Grüne 8 Prozent. Gegenüber einer April-Umfrage desselben Instituts legten danach CDU (46,8 %) und Grüne (7,9 %) etwas zu, während SPD (41,4 %) und FDP (3,5 %) gering verloren.

Deutsch-deutscher Jugendaustausch – Noch bessere Kontakte möglich

Zu einem ausführlichen Meinungsaustausch trafen sich am 18. April der Bundesfachausschuß Jugendpolitik der CDU und der Vorstand des Deutschen Bundesjugendringes (DBJR) im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. Wie die Vorsitzende des Bundesfachausschusses, Frau Kott-Weidenfeld, hierzu mitteilte, standen im Mittelpunkt des Gespräches grundsätzliche Fragen des Verhältnisses zwischen Jugend und Politik, konkrete jugendpolitische Vorhaben der CDU und auf Wunsch des Deutschen Bundesjugendringes praktische Fragen der Jugendförderung (Bundesjugendplan).

Ausführlich sei auch über die Entwicklung des deutsch-deutschen Jugendaustausches gesprochen worden. Dabei wurde die bisherige Entwicklung der deutsch-deutschen Jugendbegegnungen in den letzten Jahren positiv gewürdigt. Dennoch wurde übereinstimmend die Forderung nach einer Ausweitung und Verbreiterung des Jugendaustausches erhoben.

Das will der DGB: Steuerzahler sollen für Verluste aufkommen

Zu der Debatte am 15. Mai 1986 über die Antwort der Bundesregierung zur Großen Anfrage von CDU/CSU und FDP zur Lage der Neuen Heimat erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Friedrich-Adolf Jahn:

Die Debatte hat klargemacht, der Neue-Heimat-Skandal ist ein Gewerkschaftsskandal und ein SPD-Skandal zu Lasten der Mieter und der Steuerzahler.

Der DGB entzieht sich seiner Verantwortung als Unternehmer. Die Neue Heimat Städtebau hat von den Gewerkschaften 1,5 Mrd. DM zur Sanierung erhalten.

Dieser nicht gemeinnützige Teil der Neuen Heimat hat bekanntlich Luxusobjekte im Ausland errichtet. Hier half der DGB schnell. Seine Sozialmieter im gemeinnützigen Bereich der Neuen Heimat läßt der DGB dagegen im Regen stehen, obwohl er finanziell zu einer Hilfe auch für den gemeinnützigen Teil in der Lage ist.

In dem Aufsichtsrat der Neuen Heimat sitzen nahezu ausnahmslos SPD-Mitglieder; Herr Breit ist Aufsichtsratsvorsitzender. Auch auf der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat des paritätisch mitbestimmten Unternehmens sind SPD-Mitglieder zu finden. Es war die Pflicht dieser Aufsichtsräte, die Prüfungsbeanstandungen aus den 70er Jahren aufzugreifen und für schnelle Abhilfe zu sorgen. Es geschah jedoch nichts, und deshalb verwundert es nicht, wenn bereits seit geraumer Zeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen ein Antrag vorliegt, der Neuen Heimat in Nordrhein-Westfalen rückwirkend die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Völlig unverständlich ist, daß die SPD-regierten Bundesländer zusammen mit dem

Deutschen Gewerkschaftsbund und der Neuen Heimat von der Vereinbarung der Bundesregierung und allen Länderregierungen über die Erstellung eines neutralen Gutachtens heute nichts mehr wissen wollen. Die Bundesregierung besteht auch weiterhin auf der Erstellung eines neutralen Gutachtens und der Vorlage eines umfassenden Sanierungskonzeptes. Der Neuen Heimat sind über 10 Mrd. DM Fördermittel aus Steuergeldern anvertraut worden, weil gemeinnützige rechtliche Bindungen auf Dauer für sozial schwache Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen sollten. Dieser Zielsetzung entzieht sich die Neue Heimat jetzt durch den massierten Verkauf. Mit dem Massenverkauf von Wohnungen wird die gemeinnützige rechtliche Kostenmietbindung bewußt unterlaufen. Das aus dem Verkauf der Wohnungen erlöste Kapital wird von der Neuen Heimat nicht wieder für die Instandhaltung, die Modernisierung, den Erwerb oder gar den Bau neuer Wohnungen verwandt. Es wird ausschließlich eingesetzt, um die durch Mißmanagement entstandenen großen Verlustlöcher zu stopfen.

Nach der Vorstellung der Neuen Heimat sollen beim Verkauf die Wohnungen, die schon einmal mit öffentlichen Mitteln gefördert worden sind, ein zweites Mal öffentlich subventioniert werden. Der Steuerzahler zahlt damit die Schulden des Konzerns, die allein auf das Versagen von Unternehmensführung und Aufsichtsgremien zurückzuführen sind. Dies ist die Strategie der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund steht eine solche Strategie sicher schlecht zu Gesicht.

Geradezu untauglich ist der Versuch des DGB und der Neuen Heimat, der berechtigten Empörung in der Öffentlichkeit über die Vorgänge um die Neue Heimat mit einer überregionalen Anzeigenaktion entgegenzuwirken. Derselbe Konzern, der öffentliche Hilfen für seine Sanierung fordert, verschleudert hier mehrere hunderttausend Mark für reine Polemik. Hunderttausende von Mark für Großanzeigen können im DGB-Skandal Neue Heimat nicht das notwendige Sanierungs-Konzept auf der Grundlage eines neutralen Gutachtens ersetzen. Die Mittel für die Anzeigen und der Ausgleichsbetrag für den zurückgezogenen Untersuchungsauftrag an die Treu-Arbeit AG, Frankfurt, hätten mehr als ausgereicht, das zunächst zugesagte neutrale Gutachten zu finanzieren sowie endlich auch die eigenen Mieter sachgerecht über ihre Situation und ihre Rechte aufzuklären.

Wer, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund dies tut, Beschlüsse über die soziale und gesellschaftliche Verantwortung seiner gemeinwirtschaftlichen Unternehmen faßt, der muß sich an diesen gesetzten Maßstäben auch selbst messen lassen. Gefragt ist nicht nur die haftungsrechtliche, die gemeinwirtschaftliche und gemeinnützige Verpflichtung, gefragt ist vor allem die soziale Verantwortung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Sanierung seines Unternehmens Neue Heimat gemäß dem abgegebenen Versprechen: „Solidarität ist unsere Stärke!“

Erzeugerpreise gesunken

Der seit Dezember 1985 rückläufige Trend bei den deutschen Erzeugerpreisen gewerblicher Produkte hat auch im April angehalten. Der Rückgang hat von März bis April 0,6 Prozent betragen nach 0,4 Prozent im März, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit.

Politiker im Mai: Kohl + 10 Prozent

Bei der allmonatlichen Emnid-Umfrage für den „Spiegel“ wurden im Monat Mai aus statistischen „Sicherheitsgründen“ 4000 Personen befragt, u. a. ob „Sie es gern sehen, wenn dieser Politiker im Laufe der kommenden Jahre eine wichtige Rolle im politischen Leben der Bundesrepublik spielen würde.“ Hierbei hatten Bundeskanzler Helmut Kohl mit + 10 Prozent, Ministerpräsident Ernst Albrecht mit + 8 Prozent und Generalsekretär Heiner Geißler mit + 7 Prozent die höchsten Zuwächse gegenüber dem Vormonat.

Wahlsieg der Christdemokraten in den Niederlanden

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 22. Mai 1986 dem niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers zu seinem überwältigenden Wahlerfolg in einem Telegramm seine Glückwünsche ausgedrückt. Dieses Wahlergebnis beweise, daß eine klare und berechenbare Politik vom Wähler honoriert werde.

Die Christlich-Demokratische Partei (CDA) hatte bei den niederländischen Parlamentswahlen entgegen allen Erwartungen einen überzeugenden Sieg errungen. Die CDA wurde mit 34,6 Prozent der Wählerstimmen und 54 Mandaten stärkste Partei. Sie gewann neun Kammersitze und gleicht damit den Verlust von neun Mandaten beim liberalen Koalitionspartner VVD aus. CDA und VVD behalten ihre Mehrheit von 81 der 150 Kammersitze und können jetzt das zweite Kabinett Lubbers bilden.

Ein Sommer mit der CDU

Sommerzeit – Ferienzeit! Wer denkt da nicht an Sonne, Meer, Heide und Gebirge. Doch täuschen wir uns nicht: In diesem Jahr ist der Sommer Vorwahlkampfzeit.

Darum: Nutzen wir den Sommer, um mit Aktionen, die in die warme Jahreszeit passen, über die Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu informieren, für die CDU zu werben!

Unter dem Motto „Ein Sommer mit der CDU“ bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle Handbücher und neue Sympathiewerbemittel an, mit denen die Verbände vor Ort sommerlich leicht, doch zugleich auch engagiert auf die CDU aufmerksam machen können:

Ein Aktionshandbuch mit dem Titel „Sommeraktionen“ enthält eine Fülle konkreter Vorschläge und Hinweise für politische Sommeraktionen vor Ort. Zum „Sommer mit der CDU“ gehört ebenfalls die Aktion „Fit in die Zukunft“, zu der es ein weiteres Handbuch gibt, das in Kürze vorgestellt wird. Es gibt Anregungen, wie die Verbände das immer größer werdende Gesundheitsbewußtsein unserer Bevölkerung nutzen können, um auf Leistungen der CDU in diesem Gebiet aufmerksam machen zu können. Viele neue Kleinwerbemittel geben einen zusätzlichen sommerlichen Akzent.

Auf den folgenden Seiten stellen wir diese neuen Materialien ausführlich vor. Wir wünschen viel Spaß beim „Sommer mit der CDU“!

The graphic features a blue background. In the top right corner is the 'CDU aktiv' logo. In the center is a circular badge with a red border. The text 'Was in der CDU' is at the top, 'Offensive '87' is in the middle, and 'für Deutschland' is at the bottom. Below the badge, the words 'Sommer Aktionen' are written in large, stylized, yellow and red letters on a blue diagonal band.

Vertrauen in die Zukunft.
Wir sind auf einem
guten Weg in Deutschland

CDU
sicher
sozial
und frei

Aktionshandbuch – CDU aktiv – Sommeraktionen

Mindestabnahme: 10 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 8,50 DM
Bestell-Nr.: 4826

Aktionsvorschläge

Das Aktionshandbuch „Sommeraktionen“ enthält interessante Anregungen für Aktionen zu verschiedenen Themenschwerpunkten: Politische Aktionen · Wir lieben Kinder · Kulturelle Aktionen · Umweltaktionen · Wir lieben unsere Heimat. Hier finden Sie als Anregungen einige beispielhafte Vorschläge.

Kulturelle Aktionen: Liederwerkstatt

Das Singen alter und neuer Lieder bereitet immer wieder große Freude. Nur finden die meisten Menschen leider keine Zeit dazu, in Musikvereinen mitzuwirken. Oder sie trauen sich einfach nicht. Eröffnen Sie Ihren Mitbürgern Möglichkeiten, heimatliches Liedgut zu pflegen, indem Sie eine Liederwerkstatt einrichten.

Engagieren Sie einen Musikpädagogen oder einen Liedermacher, der die Geschichte der Lieder erzählen und musikalische Laien im Singen unterrichten kann. Viele Lieder – z. B. „Die Gedanken sind frei“ – haben einen hochpolitischen Hintergrund, den zu erläutern sich wirklich lohnt.

Politische Aktionen: Talkshow unter freiem Himmel

Warum nicht einmal eine Bürgerversammlung in Form der Fernsehsendung „Drei nach Neun“ oder Fuchsbergers „Heut' Abend“ gestalten? Ein stadtbekanntes Lokal mit gemütlichem Biergarten ist der passende Ort für diese Veranstaltung. Benötigt werden lediglich ein Podium und ein schmückes Sofa.

Gewinnen Sie für diese Aktion Bundestagskandidaten und weitere interessante Persönlichkeiten der Union. In solch' lockerer Runde kann der (zukünftige) CDU-Abgeordnete leicht an Profil gewinnen.

Umweltaktionen: Exkursionen

Wer kennt schon noch unsere heimischen Vogelstimmen und unsere heimische Pflanzenwelt? Sicherlich finden Sie einen Fachmann für die heimische Flora und Fauna. Bitten Sie ihn, an einigen Wochenendtagen frühmorgendliche Exkursionen in nahegelegene Grünzonen oder auch in städtische Grünanlagen zu leiten.

Sie werden überrascht sein, wie viele Frühauftreher es gibt. Beim anschließenden gemeinsamen Frühstück ergeben sich bestimmt Gelegenheiten zu interessanten politischen Gesprächen.

Beachten Sie hierzu auch das Handbuch der CDU „Umweltaktionen von A bis Z“.

Mindestabnahme: 10 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 7,- DM
Bestell-Nr.: 3670

Wir lieben Kinder: Kinderfotowettbewerb

Kinder und Jugendliche sehen ihre Umgebung und ihre Stadt aus einem ganz anderen Blickwinkel als Erwachsene.

Schreiben Sie z. B. mit einem Fotohändler den Preis für das schönste Stadt- oder Landschaftsbild aus. Die ersten 12 preisgekrönten Aufnahmen werden anschließend als Kalender für das Jahr 1987 veröffentlicht. Beiläufig lässt sich auf dem Monatsblatt für den Januar '87 der Wahltermin vermerken.

Ein von Kindern gestalteter CDU-Kalender ist ein langlebiges Werbemittel über den Wahltag hinaus.

Wir lieben Kinder

Die Familienpolitik ist eines der zentralen Anliegen der Regierung Helmut Kohl. Über unsere erfolgreiche Familienpolitik können Sie, z. B. bei einem CDU-Kinderfest oder bei einer sportlichen „Kinderolympiade“ informieren. Während sich die Kinder mit den neuen Sympathiewerbemitteln spielend vergnügen, können Sie im Elternkreis das Gespräch auf unsere familienpolitischen Erfolge lenken und entsprechende Informationsmittel verteilen. Auch am sommerlichen Canvassing-Stand werden sich z. B. unser neuer Wasserball, das Windrad und die Knetmasse als Magneten erweisen, die Kinder – und damit auch ihre Eltern – magisch anziehen werden.



CDU-Wasserball

Mindestabnahme: 5 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 6,00 DM

Bestell-Nr.: 9778

CDU-Sonnenblende: Wir lieben Kinder

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 9,50 DM

Bestell-Nr.: 9507

CDU-Windrad (Bausatz)

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 28,- DM

Bestell-Nr.: 9782

Aufkleber: Wir lieben Kinder

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis pro Mindestabnahme: 12,- DM

Bestell-Nr.: 9731



CDU-Modelliermasse: Wir lieben Kinder

Mindestabnahme: 25 Expl.
Preis pro Mindestabnahme: 14,50 DM
Bestell-Nr.: 9781



CDU-T-Shirt: Wir lieben Kinder

Mindestabnahme: 5 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 39,- DM
Bestell-Nr. 9140 Größe klein (M)
Bestell-Nr. 9141 Größe mittel (L)

Vorschläge für Aktionen mit Kindern

Liederwerkstatt für Kinder

Es gibt viel mehr Kinderlieder, als man sich vorstellen kann. Bestimmt finden Sie in den Reihen des CDU-Ortsverbandes jemanden, der sich freut, wenn er jungen Menschen schöne alte Kinderlieder beibringen darf. Wenn Sie diese „Singstunde“ unter freiem Himmel durchführen, wird sie für die Kinder ein Riesenspaß.

Möglicherweise ist auch die örtliche Musikschule bereit und in der Lage, Sie bei diesem Vorhaben zu unterstützen.

Materialhinweis: „Die Mundorgel“

Laientheater

Kinder singen nicht nur gerne, sondern haben auch großes Vergnügen am Theaterspielen. Sicherlich wissen Sie selbst aus Ihren Kindertagen noch, wieviel Spaß es bereitet, sich zu verkleiden und in die Rolle eines anderen zu schlüpfen.

Organisieren Sie einen oder mehrere Laientheater-Nachmittage, an denen Sie Kinder ihre eigene Stücke oder aber Märchen aufführen lassen. Jede Kindergärtnerin ist in der Lage, Ihnen die nötigen Tips zu geben, wie eine solche Aktion im einzelnen ausschauen kann.

Laden Sie die Eltern, Freunde und Bekannte sowie die Stadtprominenz zur ersten Aufführung ein.

Anziehend werben – mit der CDU gut aussehen

Mit unseren neuen Polohemden in den aktuellen Farben rosa, weiß, grün und gelb können Sie modisch gekleidet in die sommerliche Offensive gehen. Beim Straßencanvassing, auf dem CDU-Sommerfest oder beim sportlichen Jogging im Rahmen der Aktion „Fit in die Zukunft“ erweisen sich die Polohemden gleichermaßen als praktisch und attraktiv. Dazu passend: unsere neuen Stirnbänder.

Die Hemden gibt es in den Größen M, L, XL. Sie kosten 14,95 DM plus MwSt. Die Bestellnummern für Hemden und Stirnbänder finden Sie in der folgenden Tabelle.



Hier finden Sie die genauen Angaben zur Bestellung der Polohemden. Bitte tragen Sie die zutreffenden Daten für Ihre Bestellung in den Bestellschein ein.

9763	CDU-Polohemd, klein (M), weiß	1 Stück	14,95 DM
9764	CDU-Polohemd, klein (M), gelb	1 Stück	14,95 DM
9765	CDU-Polohemd, klein (M), rosa	1 Stück	14,95 DM
9766	CDU-Polohemd, klein (M), grün	1 Stück	14,95 DM
9767	CDU-Polohemd, mittel (L), weiß	1 Stück	14,95 DM
9768	CDU-Polohemd, mittel (L), gelb	1 Stück	14,95 DM
9769	CDU-Polohemd, mittel (L), rosa	1 Stück	14,95 DM
9770	CDU-Polohemd, mittel (L), grün	1 Stück	14,95 DM
9771	CDU-Polohemd, groß (XL), weiß	1 Stück	14,95 DM
9772	CDU-Polohemd, groß (XL), gelb	1 Stück	14,95 DM
9773	CDU-Polohemd, groß (XL), rosa	1 Stück	14,95 DM
9774	CDU-Polohemd, groß (XL), grün	1 Stück	14,95 DM
9805	CDU-Stirnband, weiß	5 Stück	8,50 DM
9806	CDU-Stirnband, gelb	5 Stück	8,50 DM
9807	CDU-Stirnband, rosa	5 Stück	8,50 DM
9808	CDU-Stirnband, grün	5 Stück	8,50 DM

**Bestellung an
IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold**

Besteller und Versandanschrift	Der Versand soll erfolgen (bitte ankreuzen)
	<input type="checkbox"/> Normalversand
	<input type="checkbox"/> Eilzustellung (gegen gesonderte Berechnung)

Gilt nur für Landes- und Kreisverbände:

**Bitte tragen Sie in den nebenstehenden Kästchen die Nummer
Ihres Verbandes ein (siehe Jahrbuch der CDU/CSU)**

Datum

Stempel

Unterschrift

Der Versand erfolgt nach den bekannten Versandbedingungen des Versandzentrums. Bitte mit Schreibmaschine oder in Blockschrift ausfüllen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Unsere neuen Polohemden, mit denen Sie anziehend für die CDU werben können, gibt es in vier verschiedenen Farben. Bestellnummern finden Sie auf Seite 22

Ud

17/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.